



Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets tauschen sich mit Vertretern der Europäischen Kommission zu den Themen Verkehr und Stadtentwicklung aus

Grüne Infrastruktur war Hauptthema der zweitägigen Zusammenkunft in Brüssel



Am 02.03. und 03.03.2016 tagten in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel die Oberbürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets. Hauptthema war die „grüne Infrastruktur“. Natürlich ging es dabei auch um die Stadtentwicklung und verkehrspolitische Fragen.

Nikolaus von Peter stellte die Initiativen seiner Chefin, der Verkehrskommissarin Violeta Bulc, den hochrangigen Gästen aus dem Ruhrgebiet vor.

Als ein großes Ziel nannte er die Dekarbonisierungsstrategie. Diese ist im „Weißbuch Verkehr“ aus dem Jahr 2011 festgeschrieben und zielt darauf ab, langfristig sämtlichen innerstädtischen Verkehr auf alternative Kraftstoffe umzustellen. Dies sei aus drei Gründen wichtig: 1. würde damit die Gesundheit der Menschen geschont, weil es keine Abgase mehr gäbe, 2. würde die Abhängigkeit vom Erdöl und damit auch von Erdölexportierenden Ländern verringert und 3. würden die Kosten für den Erwerb von Erdöl und anderen fossilen Kraftstoffen eingespart.

Zudem sei es wichtig, dass die Automobilindustrie in der EU nicht vom Trend hin zu alternativer Fahrzeug- und Kraftstofftechnologien abgehängt würde.

Um diese noch weit entfernten Ziele zu erreichen, hätten das Europäische Parlament und der Rat jüngst die Richtlinie zur Errichtung von Infrastruktur für alternative Kraftstoffe verabschiedet. Alle drei Jahre seien nunmehr die 28 Mitgliedstaaten verpflichtet, einen Bericht vorzulegen, der darlegt, wie der jeweilige Staat das Ziel erreichen will, die Zugänge zu alternativen Kraftstoffen zu erleichtern. Denn ohne Strom- und Wasserstofftankstellen werde es nie zu einer Akzeptanz alternativer Antriebsformen kommen. Deshalb werde ebenfalls alle drei Jahre die Richtlinie auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

Auf Nachfrage des Bottroper Oberbürgermeisters Bernd Tischler, in dessen Stadt Wasserstoffgetriebene Busse fahren, erläuterte er von Peter, dass sich die Kommission, jedenfalls momentan, technikneutral verhalte. Es werde keiner bestimmten Art von alternativem Kraftstoff der Vorzug gegeben. Schließlich habe die Kommission „keine Glaskugel“ und könne nicht vorhersagen, welche der Alternativen sich letztlich durchsetzen werde.

Schon bald wolle die Europäische Kommission Vergabevorschriften so ändern, dass die Anschaffung und der Unterhalt von saubereren Fahrzeugen erleichtert werde. Als Finanzierungsquelle empfahl er die Nutzung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFIS) sowie die Fördermöglichkeiten über das Programm „Smart Cities“.

Gergana Miladinova von der GD Regio erläuterte anschließend die Diskussionen um eine neue „städtische Agenda“. Diese beinhalte eine neue Art der Rechtsetzung auf EU-Ebene. Im direkten Dialog mit den Städten werde man künftig Regional- und Stadtpolitik

Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



betreiben. Am 13.05.2016 würden die Stadtentwicklungsminister auf Einladung der niederländischen Ratspräsidentschaft den „Pakt von Amsterdam“ unterzeichnen, der dieses Prinzip verankere.

Noch bis Ende März laufe der Wettbewerb „Innovative Actions“. Dabei werden für einen Zeitraum von drei Jahren 5 Millionen Euro ausgelobt, um gute Ideen in den Bereichen Integration von Flüchtlingen, städtische Armut, Arbeitsbeschaffung und Energiewandel zu unterstützen.

Astrid Mechel von der GD Regio, lobte, dass Nordrhein-Westfalen 19% seiner EU-Mittel, die ihm über das so genannte „Operative Programm“ zur Verfügung gestellt würden, für die „integrierte Stadtentwicklung“ verausgabe. Der Durchschnitt über alle Operativen Programme der 16 Bundesländer läge bei 9%.

Der Bochumer Oberbürgermeister und ehemalige Landtagsabgeordnete, Thomas Eiskirch, regte eine verstärkte Förderung der Wiedernutzung brachliegender ehemaliger Industrieflächen an. Dies sei besser, als wertvolle Grünräume zu zerstören. Die Vertreter der DG Regio sagten zu, diesen Aspekt künftig zu berücksichtigen.

Kontakt:

Bodo Wißen, bodo.wissen@lv-eu.nrw.de,
Kurzwahl 871-769

Weiterführende Informationen:

zum Wettbewerbsaufruf „Innovative Actions“

http://ec.europa.eu/regional_policy/en/newsroom/news/2015/12/15-12-2015-first-call-of-the-urban-innovative-actions-initiative-launched